

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Abonnementpreise: Die Jahrgangspostkarte
Bestellpreis für Anzeigen aus dem
Landesgebiet 4.00 Mark, aus dem
Ausland 5.00 Mark, Nationalpost
karte 12.00 Mark. Bei größeren An-
zeigen entsprechende Rabatte.

Verleger: Auer Verlag, Leipzig
Verantwortlicher Redakteur: Dr. A. Auer
Druck: Auer-Druckerei, Leipzig
Erscheinungsort: Leipzig

Nr. 170

Montag, den 24. Juli 1922

17. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Die Reparationskommission hat die deutschen Kohlenlieferungen für die Monate August bis Oktober um rund 200 000 Tonnen pro Monat herabgesetzt.

Dem dritten Deutsch-amerikanischen Nationalkongress ist eine Reihe von Entschlüssen vorgelegt, die sich scharf gegen die Grundzüge der Friedensverträge von Versailles und St. Germain wenden.

Die Konferenz im Haag ist auseinandergegangen oder richtiger, aufgelöst. Wiederum war es der Widerstand Frankreichs, der irgend ein praktisches Ergebnis vereitelt hat.

Der Dollar stand heute vormittag in Berlin vorübergehend auf 513.

Politische Wochenschau.

Vom Oberbürgermeister Dr. A. A., M. d. R.

Der Reichstag ist wieder einmal gerade zur richtigen Zeit auseinandergegangen. Wenn er noch länger zusammengeblieben wäre, hätte er sich, wie früher schon mehrfach, wieder in die schwerste Krisenstimmung eingelagert, in der dann zwangsläufig Bahnvorstellungen von der Notwendigkeit einer Reichstagsauflösung und ähnliche verhängnisvolle Ideen entstehen. Die Behandlung der Gesetze zum Schutze der Republik hatten eine gespannte Atmosphäre geschaffen, die mit Ausnahme dieser Gesetze allein nicht völlig beseitigt werden konnte. Bei der Behandlung dieser sogenannten Schutzgesetze zeigte sich erfreulicherweise der Wille zum nachhaltigen Schutze der Republik bei der überwiegenden Mehrheit des Reichstages. Nur ungern macht ein wirklicher Demokrat eine derartige Gesetzgebung mit, denn, man mag die Worte wählen wie man will, eine solche Gesetzgebung ist und bleibt eine Maßnahme, die an sich selbstverständliche Freiheiten und Rechte im Lebensinteresse des Staates beschränkt. Es wäre besser gewesen, wenn diese ganze Schutzgesetzgebung überhaupt nicht nötig gewesen wäre; wie sich die Dinge aber in der jungen Republik entwickelt hatten, und wie sie blutig durch die Ermordung Rathenaus beleuchtet wurden, blieb auf nichts anderes mehr übrig, als in eine Konzeption gegen bestehende Kräfte einzutreten, wenn anders sich nicht die Republik selbst ausgeben sollte.

Wenn es auch im gegenwärtigen Augenblicke noch nicht gelungen ist, die Regierung nach rechts und nach links zu verbreitern, so besteht doch wenigstens die Aussicht, daß bei Wiederauftritt des Reichstages die jetzt nach dieser Richtung hin zu verzeichnenden Anfänge sich zu einer wirklich fruchtbaren Aktion auswachsen können. Solche Anfänge sind in der Bildung der parlamentarischen Arbeitsgemeinschaften im Reichstage zu erkennen. Auf der linken Seite dieser Arbeitsgemeinschaft steht als Vorsitzender eine Verschmelzung der unabhängigen und der Mehrheitssozialdemokratie zu wärtigen. Auch der rechtssozialistisch gerichtete Politiker kann eine solche Entwicklung mit Begeisterung begrüßen, sofern aus ihr nicht eine Radikalisierung der Arbeiterbewegung zu befürchten ist. Zu einer solchen Verschärfung aber liegt bisher kein greifbarer Anlaß vor. Der wesentlichste Vorteil eines Zusammenschlusses beider sozialistischer Strömungen liegt zunächst weniger auf rein politischem als auf gewerkschaftlichem Gebiete. Hier wird die Wirkung darin bestehen, daß bestehende kommunistischen Forderungen in den Gewerkschaften künftig ein viel stärkeres Dammengesetz werden kann als bisher, und daß die ganze gewerkschaftliche Entwicklung nicht mehr die störrische Richtung zeigt, die sich aus dem teilweise gegenseitigen Arbeiten der Unabhängigen und der Mehrheitssozialdemokraten ergab. In politischer Beziehung liegt in dem Zusammenschluß der Gewinn darin, daß die Unabhängigen ihre Oppositionsstellung verlassen und sich zu mitverantwortlicher Arbeit bekannt haben.

Ueber den innerpolitischen Vorgang sind in der letzten Zeit die außenpolitischen Vorgänge zu wenig beachtet worden. Beigten sich im Innern Ansätze zur Konsolidierung, so ist auf dem Gebiete der Außenpolitik leider die gegenwärtige Entwicklung zu erkennen. Die Garantiekommission, die ihre Arbeit in Berlin abgeschlossen hatte, hat ihren Bericht an die Reparationskommission erstattet. Die Meldungen über die Wirkung dieses Berichtes bei den Staaten der Entente widersprechen sich noch stark. Nur das Eine ist klar, daß sich bei allen Beteiligten die Erkenntnis von der Notwendigkeit eines Eingehens auf das erneute Stundungsgesuch Deutschlands durchgesetzt hat. Die wesentliche Frage bleibt nur, ob Frankreich zuläßt, daß eine solche Stundung unter erträglichen Bedingungen gewährt wird

oder nicht. Hier aber besteht die große Gefahr, daß Frankreich auf eine Finanzkontrolle im schlimmsten Sinne des Wortes Hindrängen wird. Ungeachtet dieser Bestrebungen wird die deutsche Regierung gut tun, sich an die Worte zu erinnern, die Tschitscherin in Genoa gegenüber der Möglichkeit einer Rußland angeordneten Finanzkontrolle sprach, indem er sagte: Zu Garantien ist Rußland bereit, in keinem Falle aber zur Anerkennung irgendeiner Körperschaft, die auch nur den Schein einer Beeinträchtigung der Finanzhoheit Rußlands an sich tragen könnte. In diesen Worten ist die Stellung gekennzeichnet, die auch jede deutsche Regierung einnehmen muß. Eine Finanzkontrolle ist eine Maßnahme, die eines souveränen Staates nicht nur unwürdig ist, sondern die auch für die deutsche Privatwirtschaft eine absolute Unmöglichkeit darstellt, denn sie unterbindet die gesunden und normalen Grundlagen jedes internationalen Wirtschaftsverkehrs und bedeutet eine vernichtende Gefahr für die deutsche Industrie und den deutschen Handel zugunsten der ausländischen Privatwirtschaft. Die deutsche Regierung wird gut tun, wenn sie sehr bald eine moralische Widerstandskraft gegen solche Forderungen aufbringt, der Rücksicht den sie dabei im deutschen Volke findet, wird nachhaltig und allgemein sein.

So wie sich die Dinge jetzt übersehen lassen, wird die weitere Entwicklung der deutschen Reparationsverträge in der Weise vor sich gehen, wie sie der Tempus wahrscheinlich läßt, und zwar in drei Etappen, von denen die erste die Gewährung der erbetenen Stundung sein wird. Dieser Stundung wird eine Zusammenkunft mit Georges mit Lobd Georges folgen, bei der Frankreich versuchen wird, einen gänzlichen oder teilweisen Ersatz seiner Verbindlichkeiten gegenüber seinen ehemaligen Verbündeten zu erreichen. Als dritte Etappe wird eine neue Zusammenkunft der Bankiers zur Vorbereitung einer Anleihe für Deutschland folgen. Es wäre außerordentlich bedauerlich, wenn die deutsche Regierung während der nächsten Zeit eine passive Haltung annehmen wollte. Es muß mit allen Mitteln darauf bestrebt werden, möglichst schnell eine Entscheidung zu erzielen. Zeit gilt es nicht mehr zu verlieren, denn anders die deutschen Finanzen und die deutsche Privatwirtschaft nicht auf einen Tiefstand kommen sollen, von dem aus eine Erhöhung zum Besseren nicht mehr denkbar ist.

Die Finanzkontrolle vor dem Außenausbruch. Rechtfertigung der Regierung.

Die deutsche Antwortnote an das Garantiekomitee, in der die Reichsregierung sich mit den Kontrollforderungen des Komitees einverstanden erklärt, ist bereits nach Paris unterwegs und wird demnächst veröffentlicht werden. In der Sitzung des Auswärtigen Ausschusses am Freitag, die sich mit der Kontrollnote beschäftigte, kam ernste Besprechung darüber zum Ausdruck, daß die Regierung sich vor der Begründung des Ausschusses festgelegt habe. Die Regierung stellte demgegenüber mit allem Nachdruck fest, daß die Zustimmung zu der Aufhebung einer Finanzkontrolle nur im Zusammenhang mit dem Moratorium zu denken sei. Komme das Moratorium nicht zustande, so sei auch die Vereinbarung mit dem Garantiekomitee hinsichtlich Besondere Nachdruck soll darauf gelegt werden, daß das Steuergeheimnis gewahrt bleibe. Das sei auch vom Garantiekomitee nachdrücklich zugestanden worden. Diese Erklärungen der Regierung wurden vom Ausschusse lediglich zur Kenntnis genommen. Man ging ohne Beschlussfassung auseinander. Die Aufhebung der scheidenden Reichstagsparlamentarier ist ziemlich einseitig. Allgemein werden die Bedingungen des Garantiekomitees als außerst drückend empfunden. Man gibt jedoch bis weit nach rechts zu, daß es sich nur um eine Ausführung der entsprechenden Artikel des Versailler Vertrages handelt. Man betrachtet das Moratorium als wichtige Etappe auf dem Wege zur Bekämpfung Deutschlands von der Periode der Ultimaten und Sanktionen. Man rechnet damit, daß mit dem Zustandekommen einer Anleihe, für die die Annahme der Kontrollmaßnahmen ja eine Bedingung ist, auch die Finanzkontrolle einer Revision unterzogen wird.

Die Meinung der Wirtschaftsführer.

Ueber die Auffassung im Reichswirtschaftsrat zu den Wendenungen des neuen Kapitalfluchtgesetzes schreibt Georg Bernhard in der W. B. u. M., auch dieses Gesetz werde praktisch keine anderen Erfolge haben, wie die bisherigen Maßnahmen. Wenn auch einzelne Kapitalfluchtlinge durch das Gesetz gefaßt würden, der Kapitalflucht werde man nicht Herr werden. Was die gesamten Kontrollmaßnahmen betrifft, werde vielleicht die Einsetzung alliierter Beamten in das Reichsfinanz-

ministerium den Erfolg haben, den Franzosen zu zeigen, daß es dort nichts zu entdecken gibt. Eine gründliche Sanierung der deutschen Finanzen sei eben nur durch Kredit möglich. Wehrlich äußern sich die Vertreter der Berliner Großbanken. Sie betonen, daß schon bisher Devisengeschäfte nur mit solchen Kunden gemacht werden, die ein tatsächliches Interesse an ausländischen Zahlungsmitteln nachweisen.

Ein Aufruf der Internationale. Forderung nach Revision der internationalen Schulden.

Die in Amsterdam tagende Konferenz der gewerkschaftlichen und sozialistischen Internationalen hat einen Aufruf an die Arbeiter der Welt beschlossen, in dem es u. a. heißt:

Die Exekutivkomitees des Internationalen Gewerkschaftsbundes (Amsterdam), der Zweiten Internationale (London) und der Internationalen Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Parteien (Wien) beglückwünschen die deutschen Arbeiter zu ihren gewaltigen und einmütigen Streikansetzungen, um ihre Freiheit zu verteidigen und die Reaktion niederzuwerfen. Sie hoffen, daß es der deutschen Demokratie gelingen werde, dem den Frieden der Welt bedrohenden monarchistischen und militaristischen Treiben ein Ende zu bereiten. Gleichzeitig gehen sie dem Vertrauen in den Willen des demokratischen Deutschlands Ausdruck, den Wiederaufbau der durch den Krieg zerstörten Gebiete zu sichern.

Der Ruin Deutschlands bedeutet den wirtschaftlichen Zusammenbruch Europas. Es liegt deshalb im Interesse des Weltproletariats, die deutsche Republik zu ermutigen und ihr beizustehen. Deutschland kann berechtigter Reparationsverpflichtungen nur erfüllen, wenn internationale Kredite die Genesung seiner Wirtschaft ermöglichen. Die Politik der Entente treibt Deutschland jedoch in den Bankrott und wirft es so der Reaktion in die Arme. Die Politik der Gewalt gibt nur Anlaß zu neuen Kriegen. Sie begünstigt die deutsche Reaktion, hemmt die Festigung der Republik, fördert das wirtschaftliche Chaos und treibt die Massen zu verzweifelnem Handeln. Die internationalen Schulden müssen redigiert werden. Nur auf diesem Wege erscheint die Durchführung einer großen internationalen Anleihe für den wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas möglich.

Um diesen Zweck zu erreichen, wenden sich die drei Exekutiven an die öffentliche Meinung aller Länder und insbesondere Amerikas. Die Konferenz erwartet von den Vereinigten Staaten, daß sie zur Wiederherstellung des Weltfriedens mitwirken, um die zerstörte Wirtschaft Europas wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Mit dem System der militärischen Okkupationen muß gebrochen werden. Vor allem sind die militärischen und wirtschaftlichen Sanktionen von 1921 unverzüglich aufzuheben. Unter Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht der Völker verurteilen die Exekutiven nachdrücklich alle Kontrollmaßnahmen, die die Souveränität der deutschen Republik bedrohen, sie des Rechts berauben, ihre inneren ökonomischen und sozialen Angelegenheiten in voller Freiheit zu ordnen. Der ökonomische Wiederaufbau und der Weltfrieden erfordern, daß die Arbeiter aller Länder mit aller Kraft gegen die Reaktion und für die allgemeine Abrüstung kämpfen. Ungeachtet seines finanziellen Zusammenbruchs muß Deutschland das verlangte Moratorium gewährt werden, bis durch eine unparteiische Untersuchung seine wirkliche Leistungsfähigkeit festgestellt ist oder Borederungen getroffen werden für den Abschluß einer internationalen Anleihe. Die Konferenz richtet zum Schluß an die Arbeiter aller Länder die Aufforderung, für diese Ideen eine unermüdliche Propaganda zu entfalten.

Das deutsche Eigentum in Amerika.

Ein Enteignungsplan des Herrn Underwood.

Times melden aus Washington, Senator Underwood, Führer der Demokraten, brachte einen Antrag ein, der die Regelung der amerikanischen Kriegsforderungen an die deutsche Regierung und deren Staatsangehörige vorläßt. Nach dem Plan soll ein Ausschuss von sechs amerikanischen Mitgliedern eingesetzt werden, die vom Präsidenten zu ernennen und vom Senat zu bestätigen wären. Der Ausschuss würde zunächst über die amerikanischen Forderungen, die etwa Milliarden Dollars betragen, entscheiden. Sie würden wahrscheinlich auf etwa 400 Millionen Dollars herabgesetzt werden. Dann würde der Ausschuss das deutsche Eigentum einstellen in Regierungseigentum, in Privateigentum, Wertpapiere deutscher Staatsangehöriger usw. Schließlich würden die berechtigten Ansprüche von Amerikanern, falls sie nicht anderweitig befriedigt